

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Hohenleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hohenleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Hohenleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 138

Donnerstag, den 22. November 1928

41. Jahrgang

Stresemann spricht...

Ueber Räumung, Reparationen und Abrüstung.

— Berlin, 20. November.

Bei der Eröffnung der Montagssitzung des Reichstages zeigte das Haus wieder das Gepräge eines besondern Tages. Am Regierungstisch saßen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und weitere Mitglieder des Kabinetts. In der Diplomatengalerie besetzte man zahlreiche Vertreter fremder Mächte. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die am 17. Oktober in Paris stattgefundene Verhandlung von Ministern und Interparlamentarier über Angelegenheiten des besetzten Gebietes.

Präsident Hörsing eröffnete dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte, es gereiche ihm zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

begann seine Rede mit einem Dank an den Reichspräsidenten, der ohne Zögern eine Bitte erfüllt habe, an Stelle des verstorbenen Außenministers die deutsche Delegation in Genf zu führen. Mit meinem Dank, so erklärte der Minister weiter u. a., möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung zu übernehme. Besonders drei große und lebenswichtige Fragen der Außenpolitik möchte ich in den Mittelpunkt meiner heutigen Erklärung stellen:

Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die der Abrüstung und vor allem die der Lösung der Reparationsfrage.

Die deutsche Regierung hat vor der diesjährigen Welterkundungsverammlung die beteiligten Regierungen unterrichtet, daß sie beabsichtigt, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzunehmen. Nicht nur Deutschland, sondern weitaus die meisten Staaten empfanden heute noch fortwährende Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiet als einen tiefen Gegensatz zur Entwicklung der internationalen Politik in den letzten Jahren (ebenso Zustimmung). Wir brauchen und brauchen daher auch heute nicht zu befürchten, daß etwa eine negative Erklärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte. Ueber den Verlauf der Genfer Verhandlungen

in dieser Beziehung ist alles wesentlich in der Öffentlichkeit bekannt. Ueber die Beurteilung des Ergebnisses sind wir uns wohl einig; es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind (ebenso Zustimmung). Andere Verhandlungsgegner haben eine Auffassung vertreten, die wir nicht anerkennen können. Deutschland wird in seinen Rechten verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist. Keineswegs können wir die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art erkaufen. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß nach vor wenigen Tagen auch von uns abgesehen der britische Seite grundsätzlich anerkannt wurde, daß Räumung die Voraussetzung für ein völlig getrenntes Leben und (ebenso Zustimmung). Die freundlichen und zum Teil herzlichen Worte an Deutschland verließen ihr Echo in Deutschland, wenn die moralische Forderung steht, die durch die Anwesenheit der fremden Besatzungen verhindert wird. Der Minister erwähnte die französischen Mündler auf deutschem Gebiet und erklärte:

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Beziehung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat.

Am Zusammenhang mit der Erwähnung der Kritik der deutschen Außenpolitik führte der Minister aus, er halte es trotz des Rückschlages für notwendig, in voller Deffektivität weiter für die Grundlagen und die konsequente Fortführung der bisherigen deutschen Außenpolitik einzutreten. Ich sehe keine Unterbrechung, die uns erlaubt, an Stelle des angeblichen Phantoms einer Großmachtpolitik die tatsächliche politische Machtstellung zu erhalten, die andere Mächde immer noch in der Aufrechterhaltung ihrer Räumungen am ehesten gefestigt haben. Der Minister bestätigte sich nach mit weiteren Einzelheiten der Kritik an seiner Außenpolitik, wie er feststellend erklärte: Ich bin davon überzeugt, daß jeder Außenminister und jede Regierungskollegium durch den Zwang der realen Erwägungen gewonnen werden, die dieselben Elemente zu nehmen, wenn sie sich nicht an der Existenz des Landes verjüngen wollen.

In der Abrüstungsfrage werden wir an dem in nicht missverständlicher Form vom Reichsanstalter und dem Grafen Bernstorff in Genf dargelegten Standpunkt festhalten. Das Flottenkompromiß, das viel erwähnt wurde, dürfte als erledigt anzusehen sein. Wenn zwei Mächde, denen nach der Konstruktion des Locarno-Paktes eine wesentlich verwickelte Rolle zufällt, auf militärischem Gebiet tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten, würde das an die Grundlagen des Abkommens von Locarno stößen. Dem beschäme ich mich der Minister mit den Erörterungen über die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission zur Lösung der

Reparationsfrage.

Aus diesem Plan ergebe sich, daß die letzte Entscheidung über die Reparationsfrage auf Grundlagen ruhen müsse, die frei von politischen Gefühlsfragen und nur basierend auf wirtschaftlichen Zusammenhängen zu finden seien. Die Freiheit der Entscheidung über die Vorschläge der Sachverständigen muß natürlich den Regierungen gemehrt bleiben. Erst wenn die Sachverständigen gesprochen haben werden, kann die Frage erörtert werden, wie sich nach deutscher Auffassung auch die endgültige politische Lösung im einzelnen denken ließe. Einleuchten kann sich die Reichsregierung auf den allgemeinen Grundgedanken beschränken, daß von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt wenn sie die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht (Zustimmung). Der Gedankenaustausch zwischen den Regierungen über die Durchführung der Sachverständigen-Kommission ist noch im Gange. Hoffentlich wird er bald ein befriedigendes Ergebnis haben. Denn solange diese Entscheidung der Reparationsfrage fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Zum Schluß seiner Ausführungen leitete der Minister noch die Bedeutung des am 27. August in Paris unterzeichneten Kellogg-Paktes. Der Pakt löst nicht nur den Frieden sicher, sondern die Völker einander näher bringen und selbst getrennte Kontinente zu fruchtbarer Arbeit zusammenführen (lebhafter Beifall).

Abgeordneter Graf Westarp (Dsaal.)

erklärte, die an die Namen Locarno, Genf und Thoiry geknüpften deutsche Friedenshoffnungen habe den erwarteten Erfolg nicht gebracht. Die Episode der sogenannten Locarno-Politik sei abgeschlossen. Frankreich besitze Deutschlands Sicherheit. Es liege keine Räumungen uns Ungewissens. Gemeinsam mit England veranlasse Frankreich auf neuem Boden Manöver von angeblichem Ausmaß und verlange, daß die Kontrolle über die Entmilitarisierung einer Zone bis 50 Kilometer westlich des Rheins verweigert werde. Die letzten Verhandlungen hätten gezeigt, daß dem Weltbund hinsichtlich der Abrüstung nichts mehr zu erwarten sei. Auch Paris, die Träger der Idee, seien umständlicher Korrekturen kommt, erwarten wir am ehesten ein definitives Nein (lebhafter Beifall rechts). Der Redner widersprach einer Presseauslassung des Reichsaussenministers, wonach wir die volle deutsche Souveränität nie wieder besitzen würden. Deutschlands Freiheit habe Einheitswert, nicht aber das Recht der Zwangsentscheidung. Wenn der Saamen in seiner Keimhülle nicht abgeworfen werde, könne die deutsche Republikaner wisse, daß er zuerst als Mensch und dann als Deutscher auf die Welt gekommen sei, so müsse das schärfste Widerrecht hervorgerufen. Er erinnere an eine Denkschrift des Großen Kuratils, die mit der zornigen Klage beginnt, daß die deutschen Stämme fremder Nationen Gefangene seien, und mit dem Worte ende: Gewente, daß du ein Deutscher bist! (lebhafter Beifall rechts).

Schluß der außenpolitischen Debatte.

— Berlin, 21. November.

Der Reichstag beendete am Dienstag die außenpolitische Debatte. Zunächst sprach der Abgeordnete Mühlberg (Komm.), der sich dagegen verwahrte, daß der Reichsanstalter als Führer der Genfer deutschen Delegation sich über die Genfer Mißerfolge ausweise. Die Kommunisten würden im Falle eines Krieges gegen Ausland Reichswehr und Flotte auffordern, die Gewehr umzubringen gegen den Feind im eigenen Lande und den russischen Freunden zu helfen (Stiller Beifall).

Abgeordneter v. Rheinbaben (DVP) gab der besondern Freude seiner Partei darüber Ausdruck, daß der Reichsaussenminister nach langer Krankheit sein Amt wieder übernommen habe (Beifall bei der DVP). Er gab weiter die Erklärung ab, daß seine Fraktion den Darlegungen des Außenministers zustimme. Einer eingehenden Kritik unterwarf er die Rede des Grafen Westarp. Die Fortsetzung: Revision des Versailleser Vertrages, Abrüstung, Revision der Skizzen, Widerauf der Kriegsschuldfrage usw. würden aus von allen anderen Parteien des Hauses unterbreitet. Im Gegenlag zum Grafen Westarp, so fuhr der Redner fort, bemühen wir uns aber, die Lage unseres Vaterlandes lo zu sehen, wie sie ist, und die Forderungen klar herauszuarbeiten, um die es sich zu nächst in der Gegenwart handelt. Bei der Rede des Vertrauensabgeordneten Dr. Kaas ging mir die Melodie durch den Kopf: „Und ein bißel Lieb und ein bißel Treu...“ (Zuruf). „Und ein bißel Falschheit ist allweil dabei!“ (Beifall rechts). Es lag in dieser Rede eine gewisse Föhnstimmung zur Locarno-Politik. Aber der nicht langer Zeit hat aber Dr. Westh immer wiederholt, daß Dr. Stresemann

mit der Locarno-Politik nur die Welt beschränkt habe, die das Zentrum gekannt habe. Und jetzt Föhnstimmung — tempora mutantur! (Beifall bei der DVP). Wir halten an der Locarno-Politik fest, wir müssen mit Frankreich und England weiter Politik treiben, wenn wir freier werden wollen. Die deutsche Politik habe durchaus richtig gehandelt, als sie sich zu den Sachverständigen-Verhandlungen bereit erklärte. Der Redner behielt sich auch für die Deutsche Volkspartei volle Freiheit hinsichtlich des Ergebnisses der Verhandlungen vor.

Abgeordneter Dr. Westphal (Soz.) wies darauf hin, daß seit einigen Jahren die außenpolitische Debatte in Inhalt und Grundform immer dieselbe geblieben sei. Die Delegationen haben, je nachdem, ob sie in der Verhandlung oder in der Opposition saßen, die sanfte Melodie oder die trügerische Paule gespielt (Beifall rechts). Wir Sozialdemokraten haben uns dagegen durch unsere inopportunistische Stellung nie in unerer Zustimmung zur Verständigungs-politik betreten lassen. Der Abgeordnete v. Rheinbaben habe seine vielen Klagen niemals ganz aufhört. Er jagte: tempora mutantur — die Zeiten ändern sich — und wir mit ihnen.“ So gebe es weiter. Das hätte der Redner der Deutschen Volkspartei ruhig für seine Freunde hinzufügen können. Graf Westarp habe den parlamentarischen Mitgliedern der Welterkundungs-Delegation den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Verhandlungen der Delegation in den Rücken fallen. Es handele sich nicht um Verhandlungen, sondern um private Unterhaltungen, was Jönen (nach rechts) Zur Freund Hoßfeld bekräftigen kann, der an zahlreichen betriebligen privaten Unterhaltungen teilgenommen hat (Stiller Beifall). Wenn Graf Westarp sich dies verheißt, dann scheint er sich etwas in seiner Kompetenz zu ertzen. Wenn Korporalgeschwörer sind Sie nicht! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Zustimmung bei den Deutschnationalen). Wir erwarten, daß Dr. Stresemann von dem bisher beschränkten Wege der Außenpolitik nicht abweichen wird. Zu der von dem Zentrumsgesandten Schreiber an der Zusammenkunft des Auswärtigen Amtes gehaltenen Rede muß ich sagen, was können wir diplomatischen Vertreter nicht nach Konvention und Weltanschauung auslösen, sondern nur nach der Pflicht. Soll nach Moskau ein Löwe gehen, nach Jerusalem ein Katholik oder ein Jude? (Beifall rechts). Graf Westarp war sehr unvorsichtig, als er sich auf den Großen Kuratils bezog. Dieser Pakt hat sich von den Franzosen lösen und mit ihnen zusammen gehen, nach dem Willen der deutschen Kaiser (Nurbeifall rechts). Stolz sein wollen wir auf unser Deutschland, wenn es in der Zeit für den Frieden der Menschheit an der Spitze marschieren (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abgeordneter Emminger (Soz. W.) hob hervor, daß die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren in einer sicheren Kriehe lande, die jetzt noch nicht überwinden sei. Der Gedanke des Friedens habe in der Welt noch nicht die Fortschritt gemacht, die man erwarten habe. In der Welterkundungspolitik sei zweifellos ein Rückschlag zu verzeichnen. Hebrall würden Beträge abgeschlossen, die mit dem Ziele verbunden sind, nicht in der Lage zu bringen, kein Ziel erreicht sein nur über die Verhandlung. Unter keinen Umständen dürfe auf den Transfereschub verzichtet werden.

Infolgedessen sei die Beurteilung innerlicher Forderungen wie die Reformen in den Damesloten. Der Redner sagte die Forderungen Deutschlands in die Worte zusammen: Friede, Freiheit, Gleichberechtigung!

Abgeordneter Graf Reinhold (Nat.-Soz.) erklärte, in Genf sei die Locarno-Politik begabten worden. Auch Irland, der von den bisherigen deutschen Regierungen zum Nationalheil gemacht worden sei, habe in Genf seinen Selbstgeheim verloren. Unter großer Heiterkeit erklärte der Redner, Stresemann gehöre offenbar zu den „dienenen Brüdern“.

Abgeordneter von Sobel (Christl.-Nat. Bauernpartei) wandte sich gegen jeden Rückhalt in der Räumungs- und Reparationsfrage. Der Redner forderte in den Sachverständigen-Ausschuss auch einen Vertreter der Landwirtschaft aufzunehmen. Eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands ohne überhaupt nicht mehr anerkannt werden.

Abgeordneter Wolf (Völkischpartei) bekräftigte den Damesplan. Bei der Auswahl der Sachverständigen für die jetzt beginnenden Verhandlungen müßten auch die Bauernwirtschaftler und der Mittelstand berücksichtigt werden.

Abgeordneter Dr. Scheider (Ztr.) verlangte, daß das kulturelle Moment im Dienst des Auswärtigen Amtes mehr als bisher betont werde. Mit den Sozial- und Kulturkassen allein ließe diese Forderung nicht erfüllt werden, daß im Auswärtigen Amt Familienheimnisse errichtet werden. Auch bei der diplomatischen Vertretung Deutschlands muß die Weltanschauung zur Geltung kommen.

Damit schloß die Aussprache. Der nationalsozialistische Antrag auf Einsetzung der Untersuchungen wurde gegen die Antragsteller und die Christl.-Nat. Bauernpartei abgelehnt. Die anderen Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ueber das nationalsozialistische Mißtrauensvotum wurde namentlich abgemittelt. Dafür stimmten mit den Nationalsozialisten die Christl.-Nationalen Bauernpartei, die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Der Mißtrauensantrag wurde mit 219 gegen 98 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag, den 27. November, 3 Uhr: Kleine Vorlagen.

Haufe in Düsseldorf.

Sonnabend neue Gerichtsentscheidung.

— Essen, 21. November.

Das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf hat den neuen Verhandlungsstermin über die Frage der Verbindlichkeit des Gliederungsbeschlusses auf den kommenden Sonntag festgesetzt. Die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die bei Regierungspräsident Bergemann bis zum Dienstag vormittag verhandelt, beschloßen daraufhin, ihre Verhandlungen auszusetzen, um den Spruch des Landesarbeitsgerichts abzuwarten. In der Entscheidung wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß beide Parteien Wert darauf legen, die Verhandlungen nicht abzubrechen. Maßgebend für die Unterbrechung war wohl hauptsächlich die Tatsache, daß bis jetzt noch keine Grundlage zu einer Einigung gefunden werden konnte.

Von selten der Arbeitgeber wurde unmittelbar nach Unterbrechung der Verhandlungen eine längere Erklärung veröffentlicht, in der die Schuld an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Verhandlungen den Gewerkschaften zugeworfen wird. In der Erklärung heißt es, daß bereits am Sonnabend von den beiden Parteien ein Übereinkommen getroffen worden sei, das die beiderseitige Zustimmung gefunden hätte. Der Beginn der Montagverhandlungen seien jedoch neue Gewerkschaftsvertreter hinzugekommen, welche die Annahme der Einigung rundweg abgelehnt hätten. Dadurch habe man sich nach sechsstündigen Verhandlungen wieder am Ausgangspunkt des Streites gesehen.

Nach den Mitteilungen der Gewerkschaften wollen diese um in sein Hindernis für die Wiederaufnahme zu bilden, daß unter dem bis zum 1. Oktober in Kraft gekommenen Tarifvertrag die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dann aber soll vom Tage der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts der neue Schiedspruch die Grundlage der Bezahlung sein. Sollte aber das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zu ungunsten der Arbeiter ausfallen, dann sollen neue Verhandlungen geführt werden, bis zu deren Abschluß der Tarif weiter gelten soll. Dem Kern der Verhandlungen der Gewerkschaften bildet also: Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedspruches. Das aber ist es, was die Unternehmer nicht wollen.

Verteilung des Hilfgeldes.

Der preussische Reichsfinanzminister Hirtzinger traf am Montag in Essen ein, um die zum Reichstag beschlossene Unterfertigung der Ausgaben durch Verteilung von 20 Millionen an die Gemeinden in die Wege zu leiten. Am Mittwoch fand eine Konferenz der Verwaltungsgliederer in Frage kommenden 35 Städte und Landgemeinden statt, die etwa 100 Vertreter entsandten. Es sollte ein möglicher einheitlicher Verteilungsschlüssel entsprechend der Lage der Städte gefunden werden. Auch die bereits ausgefallenen Unterfertigungen sollen den Gemeinden zugute werden.

Nach den getroffenen Richtlinien erhalten von Montag ab die von der Auswertung betroffenen Kreislagen folgende Unterfertigung für die Winter-Hilfsleistungen: Familien ohne eigenen Haushalt 8 Mark, alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 12 Mark, Ehepaare 16 Mark, alle im Haushalt des Hauptunterstützungspflichtigen zu verbringenden Personen je 3,50 Mark. Eine Rückschlus der Unterfertigung darf nicht verlangt werden.

Um die Biersteuerverteilung.

Der Staatsgerichtshof erklärt das Biersteuergemeinschaftengesetz vom April 1927 für ungültig.

— Leipzig, 19. November.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, hat in dem verfassungsrechtlichen Streit über die Gültigkeit des Biersteuergesetzes vom 9. April 1927 betreffend Biersteuergemeinschaft, über den der Staatsgerichtshof am Sonnabend verhandelt hat, um 18.30 Uhr eine Entscheidung folgenden Inhalts veröffentlicht:

Das Gesetz vom 9. April 1927 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 94) zur Änderung der Gesetz über den Eintritt der Kreisarten Württemberg, Baden und Baden in die Biersteuergemeinschaft ist ungültig. Das Reich ist Preußen gegenüber berechtigt, die im Paragraphen 3 der Einführungsgesetz getrockneten Beschlüsse eines Ausschusses auf die Zeitbestimmung vom 1927 an 1925 anzuwenden. Eine Entscheidung über die Höhe der Aufwertung bleibt vorbehalten. Bis zu dieser endgültigen Entscheidung oder bis zum Erscheinen eines mit verfassungskonformer Weise zustande gekommenen Änderungsgesetzes ist das Reich berechtigt, an Württemberg, Baden und Baden die in dem für ungültig erklärten Gesetz von 1927 bestimmten Beträge weiter zu bezahlen. Diese letztere Entscheidung ist getroffen worden namentlich im Hinblick darauf, daß das finanzielle Fundament der Finanzwirtschaft der genannten drei Länder erschüttert wäre, wenn diese Zuwendungen nicht mehr oder nicht mehr mit Sicherheit erfolgen würden.

Wie schon aus der Gerichtsentscheidung hervor geht, soll die bisherige Regelung weiter bestehen. Da aber die Preussische Regierung naturgemäß ein lebhaftes Interesse daran hat, diesen Zustand schnell zu beenden, wird man sicherlich mit großer Befriedigung die Einbringung eines entsprechenden Gesetzes in die Reichsversammlung, der wahrscheinlich heftige Kämpfe nach sich ziehen wird.

Die Besserung nach dem Dreijahresdurchschnitt Die Ausschubelpredigten im Reichsanwaltschaftsamt brachten keine Besserung.

— Berlin, 20. November.

Zu einer jedoch im Reichsanwaltschaftsamt in Auftrag gegebenen Schlusspredigt des Ausschubelpredigt zur Klärung der Frage der Besserung nach dem dreijährigen Durchschnitt wird bekannt, daß etwa der dritte Teil des Ausschubelpredigt die sofortige Einführung des Dreijahresdurchschnitts stimmte. Dieser Minderheitsmeinung jedoch mit einer Ausnahme stimmte der Kommissionsangehörigen Reichsanwalt, Reichsanwalt, Einzelhandel und Bankwesen an. Hervorzuheben ist jedoch vor allem, daß auch ein zu Gunsten der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes von einer Anzahl anderer Kommissionsmitglieder gefordert wurde, daß die Besserung nicht eingeht.

Dies begründete die Kommissionsmitglieder eine baldige Befestigung des Vorstehers mit Vorzügen, welche die mit dem bisherigen System für viele Kreise der schwebenden Steuerpflichtigen verbundenen Härten zu beseitigen geeignet sind.

Wieder Koalitionsverhandlungen.

Zählungnahme des Reichstanzlers?

— Berlin, 21. November.

Wie in Berliner informierten Kreisen verlautet, beschäftigt der Reichstanzler namentlich mit den für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien erneut Zählung zu nehmen, um die Koalitionsverhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Diese Koalitionsverhandlungen werden sicherlich für die Einführung der neuen Reichstanzlage besonders ausschlaggebend gewesen sein, da man Zeit finden will, um die Verhandlungen endlich zu einem Abschluß zu bringen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird die Steuerfrage und in engem Zusammenhang hiermit der neue Etat stehen, der beinahe ein Drittel von 600 Millionen Mark aufweist. Hier stehen sich besonders die Auffassungen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten gegenüber. Mit in die Verhandlungen einbezogen werden soll auch die Schulfürer, ebenso die Frage des Konfessionsrats, wobei die Gegensätze zwischen Zentrum und Deutschen Volkspartei besonders scharf hervortreten. Ferner spielt die Frage der Großen Koalition in Bezug auf die diesen Verhandlungen um die Reichsregierung eine beträchtliche Rolle. Immerhin betrafte man die Aussichten in Regierungskreisen durchaus nicht pessimistisch.

Das Recht auf Räumung.

Ueberraschendes Eintreten englischer Juristen für Deutschlands Rechtsansatz.

— London, 19. November.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist im Zusammenhang mit den Erklärungen des Schiedsrichters Churchill und anderer Minister über die Aufhebung der englischen Regierung zur Frage der Rheinandrückung auf die durch den Berliner Vertrag geschaffene rechtliche Lage hin.

Der Korrespondent legt im einzelnen den Sinn der Artikel 428 bis 430 des Berliner Vertrags aus, der besagt, daß, wenn er die Ansicht vertritt, daß der Sinn des Artikels 431 darin liege, daß von Deutschland nur Beweise seines guten Willens verlangt würden. Die Zahlung der Reparationen bis zur letzten März könnte von den Alliierten also nicht als Voraussetzung für die Räumung herangezogen werden.

Deutschland habe auf Grund der pünktlichen Reparationsannuitäten während einer angemessenen Reihe von Jahren ein Recht auf Räumung.

Die besondere Behandlung der Reparationen durch Artikel 430 gebe den Alliierten gleichfalls kein Recht für die Verdrögerung der Rheinandrückung, da dort nur von möglicher abhälliger Wiederherstellung durch Deutschland die Rede sei. Der Berliner Vertrag biete keine besondere Handhabung von Garantien gegen einen unprovokierten Angriff durch Deutschland zu verlangen. Artikel 3 des zwischen Frankreich und Großbritannien und Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages zur Garantie der Sicherheit der alliierten Länder lehre vor, daß die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung dieser Verträge vorstehenden würde, sobald Deutschland Mittel der Erfüllung der Garantien sei. Deutschland habe nunmehr diese Verbindung durch den Nichterfüllung der Locarnoverträge und seinen Eintritt in den Wäfferbund erfüllt. Durch die Zulassung Deutschlands zum Wäfferbund auf der einen und seine pünktlichen Reparationszahlungen auf der anderen Seite habe sich Deutschland nach Auffassung einiger der führenden Juristen Großbritanniens das Recht geschaffen, die Räumung des Rheinlands zu verlangen. Im ganzen Wort der Korrespondent zu dem Schluß, daß die rechtliche Lage für die Rheinandrückung für Deutschland günstig sei, daß Großbritannien im wesentlichen die deutschen Argumente für die Räumung annehme. Auffällig ist hierher, daß führende britische Juristen, die der Korrespondent zitiert, offenbar diese Auffassung nicht langsam vertreten, die britische Regierung aber bisher eine durchaus gegenteilige Politik verfolgt habe.

Die Alliierten noch immer uneinig.

Mitteilung über eine englische Note an die Alliierten. — Der Aufgabentext der Sachverständigen-Kommission. — Anfrage an Amerika.

— Berlin, 21. November.

Wie nunmehr von amtlicher Berliner Seite bestätigt worden ist, hat die englische Regierung dem deutschen Vorkläger in London von einer Note Kenntnis gegeben, die die englische Regierung an die Alliierten über die Reparationsfrage gerichtet hatte. Diese Note betont die englischen Grundzüge, die in der Wilson-Note festgelegt sind, wonach England jetzt Reparationen bekommen soll, als es selbst an Amerika an Schuler abzutragen hat.

Eine offizielle Schrift vom 30. Oktober ist aber bisher noch immer nicht erfolgt. Es ist nämlich den Alliierten bisher noch nicht gelungen, über den Aufgabenkreis der Sachverständigen-Kommission eine Einigung herbeizuführen. An Frankreich betont man, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit bereits im Dawes-Abkommen festgelegt ist, während England diese Auffassung nicht vertritt. Erst wenn diese Gegensätze geklärt sind, wird man Deutschland endgültig über die Reparationsfrage antworten.

Nach Pariser Mittermeldungen soll Berlin als Tagungsort für die Sachverständigenkonferenz in Versailles in Frage kommen. Nur Paris ist aber bisher als Ort der Tagung der Sachverständigen fest, wobei es jedoch nicht ausgeschlossen sei, daß man sich vorübergehend in Berlin aufhalte. Beantwortung soll die Behauptung des „Matin“, die angeblich aus guter Quelle stammen soll, wonach die Alliierten nach erfolgter Einigung unter sich an Amerika herantreten werden, um Klarheit darüber zu schaffen, ob sich die Vereinigten Staaten an den Sachverständigenberatungen beteiligen wollen oder nicht.

Opposition gegen das Kabinett Poincaré.

Nach Trauhauz legt sein Wäfferbundsmandat nieder.

— Paris, 19. November.

Wie der Allgemeine Arbeiterverband mitteilt, hat auch der Wäfferbundsmandat Poincaré in der vorbereiteten Wäfferbundsmandat Poincaré, der Generalleitet

für des Allgemeinen Arbeiterverbandes, erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen nicht der Lage ist, sein Wäfferbundsmandat beizubehalten.

Der Eintritt Paul-Boncourts und Trauhauz haben der französischen Presse Anlaß, für das Kabinett Poincaré eine verlässliche Opposition zu prophezeien. Nebenfalls stellen die beiden Wäffertritte klar, daß die Weisheit des radikalen Konzepts in Frage steht, daß für die innere Politik Frankreichs noch wichtigeren Folgen hat, als man ursprünglich annahm. Zweifellos will die Einde unbedingte Fortsetzung, daß das neue Kabinett Poincaré ein ausgeprägtes Rechtskabinett ist.

Die Nachfolger für die zurückgetretenen Vertreter sind noch nicht ernannt. Es ist anzunehmen, daß der Vorliegende der Wäffertritte in Frage steht, da er schon in den nächsten Tagen von der Regierung ernannt wird. Genannt wird hier der Name des Grafen Glaugel.

Aus dem In- und Auslande.

Einführung eines Arbeitsdienstjahres.

Berlin, 20. November. Die Nationalsozialisten haben mit Unterstützung der Christlich-Nationalen Bauernpartei im Reichstag einen Antrag eingebracht, der alsbald einen Gegenentwurf fordert, der zur Behebung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsdienstpflichtjahr einführt. Arbeitsdienstpflichtig sollen alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll, soweit Bedart vorliegt, auf dem Lande ausgeführt werden, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates.

Kampfanlage Mar 501.

Leipzig, 19. November. Auf dem Leipziger Augustusplatz hat Mar 501 im Rahmen einer kommunikativen Demonstration eine Anfrage gehalten, in der folgender Satz bemerkenswert war: „Schreiber dieses, als wir alle glauben, daß es zu Ende sein mit dem Boden, dann stehen wir wieder auf den Barrikaden und bieten unsere Leiber den Augen der Bourgeoisie dar.“

Der Landesparlament der Deutschen Volkspartei für den Westpreußen hat eine Entschließung angenommen, nach der sofort alle Bezahlungen für den Wäffertritte an ein größeres Nachbarland getroffen werden sollen.

Unrechterhaltung der Weislagnahme deutschen Eigentums in Großbritannien.

Berlin, 21. November. Die Anfrage eines Abgeordneten im englischen Unterhaus, ob der Bremerminister gegen die bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Frage der Weislagnahme des deutschen Eigentums einer Durchsicht zu unterziehen, hat ebenso wie die absehnende Antwort Baldwin in Berliner politischen Kreisen außerordentlich starke Beachtung gefunden. Die intransigente Haltung Englands in dieser Frage wird als höchst merkwürdig bezeichnet.

Vorläufig keine Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 20. November. Die Meinung eines Berliner Blattes erweckt den Anschein, als ob die deutsch-polnischen Sanktionsverhandlungen in Kürze wieder aufgenommen werden würden. Demgegenüber wird von zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts über die Fortführung der Verhandlungen mit Polen noch nicht abgeschlossen seien, so daß auch von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen noch keine Rede sein könne.

Dem deutschen Botschafter in London wurde Mitteilung von einer englischen Note an die Alliierten über die Reparationsfrage gemacht. Eine endgültige Antwort an die Reichsregierung ist erst nach längerer Verhandlung der Alliierten zu erwarten.

Die Heise Hoovers nach Südamerika.

Newport, 19. November. Der neugewählte amerikanische Staatspräsident Hoover schiffte sich heute mit dem Schiffschiff „Marland“ nach den südamerikanischen Staaten ein. Hoover ist von seiner Frau, seinem Sohn und dem Kommander Augustin Bearegard begleitet. Die Heise soll zunächst nach San Pedro aus nach Managua gehen, dann nach Panama, Peru, Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien und Cuba.

Musikini vertritt sich amerikanische Hilfe. Das italienische Rote Kreuz hat eine Spende des amerikanischen Rotes Kreuzes von 5000 Dollar zur Disposition für die durch den Ausbruch des Aetna-Gebirges mit der Begründung abgelehnt, daß die Hilfe von den italienischen Regierung angenommen werden muß, was mit 2 Musikini alle öffentlichen Sammlungen für die Aetna-Gebirgsregion verboten habe.

Die Feier des zehnjährigen Bestehens der Demokratischen Partei. Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens veranstaltete die Demokratische Partei im „Kingsgate“ in Berlin eine Kundgebung, auf der Reichsvereinsamminister Dietrich und Reichstagsabgeordneter Schneider sprachen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Paris. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft befindet sich zur Zeit in Paris zur Teilnahme an der alljährlich stattfindenden Volltagung des Internationalen Eisenbahnerbundes.

Unruhen an der indisch-afghanischen Grenze.

London, 21. November. Wie aus Peshawar gemeldet wird, haben die in der Gegend von Datta-Zalalabad durch wilde Stämme hervorgerufenen Unruhen größere Ausdehnung angenommen. Der Verbleib auf der Straße von Datta nach Jellalabad ist mit großer Zufallschancen zwischen Anhängern der Mohmands und der Afgians unterbrochen.

Freie und unbeschränkte Wahl in Rumänien.

Bukarest, 21. November. Der rumänische Innenminister hat an alle Kreislagen ein Rundschreiben erlassen, in dem er anordnet, daß die Wahl unbeschränkt sein müsse. Die Propaganda der Opposition müsse sich vollkommen frei entfalten können, da die nationale Bauernpartei die Freiheit der Wahl habe in ihrem Programm betont habe. Für Verträge gegen die Freiheit der Propaganda werden die Kreislagen persönlich verantwortlich gemacht.

Meuterei auf einem chinesischen Zerstörer.

Peking, 21. November. Wie aus Nanton gemeldet wird, kam es auf einem chinesischen Zerstörer zu einer Meuterei. Chinesische Matrosen machten unter Führung eines chinesischen Offiziers den Versuch, die rote Fahne auf dem Zerstörer zu hissen. Sie wollten dem Beispiel des russischen Panzerkreuzers „Kotelnik“ folgen und die übrige Flotte mit sich reißen. Eine Befehlsgebung des Zerstörers konnte nur dadurch verhindert werden, daß die übrige Besatzung des Zerstörers die Oberhand auf dem Schiffe gewann. Die Meuterei wurden vom Kriegsgesicht zum Tode verurteilt.

Dresden. Der Tod eines Fliegers. Der bei Dresden im Sturme der neungläubigen Segelflieger, der Jagenteufelwürger Wolfgang Kohnig, ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Kohnig gehörte der akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule zu Dresden an und war eine der größten Hoffnungen der Jungfliegermannschaft. Beim dreißigjährigen Höhenflug hatte er mit einer Dauerflughöhe von 4 Stunden 7 Minuten sehr gut abgeschrieben.

Dresden. Mörderischer Chauffeur. Der Schloffer Alfred Borsdorf ist mit einem ihm anvertrauten Personentransportwagen aus Dresden flüchtig gefahren. Es handelt sich um einen Schwärzler Nr. 11587 mit dunkelgrüner Karosserie. Sollte Borsdorf oder das Auto irgendwo auftauchen, wird um schnellste Benachrichtigung der nächsten Polizeidienststelle gebeten.

Bautzen. Herzschlag. In der Nacht wurde ein beschwerlich hier aufhältlich gemessener 29 Jahre alter Herr aus Görlitz nach genommenem Bade in im Baderraum des ihm bewohnten Hauses aufgefunden. Nach den ärztlichen und polizeilichen Feststellungen ist der Tod infolge Herzstillstandes eingetreten.

Mauen. Der Komplik. Vor einigen Tagen wurde bekanntlich in Grimmlitz ein großer Gewittersturm beobachtet. Einer der Täter, der frühere Kaufmann Heine aus Berlin, konnte kurz nach der Tat am Bahndauer Hauptbahnhof festgenommen werden. Die polizeilichen Ermittlungen, die sofort aufgenommen wurden, haben ergeben, daß es sich bei dem Komplizen, der als Haupttäter anzusehen sein dürfte, um einen gewissen Erich Hildebrandt, 1900 in Dresden geboren, handelt. Nach dem Einbruch in Grimmlitz tauchte Hildebrandt in Berlin auf, begab sich dann aber wieder nach dem Vogtland. Jetzt konnte er in Mauen festgenommen werden. Es wird angenommen, daß auch eine Reihe anderer Goldwäscherbetriebe auf das Konto der beiden Festgenommenen kommen.

Schwarzberg. Neubau eingestürzt. Im Neubau des Bergwerksverbandesgebäudes kürzten etwa 200 Arbeiter einen Wand ein. Zum Glück wurde niemand verletzt. Die Untersuchung ist im Gange.

Samburg. Ueberfall auf eine Sportabteilung. Die Reichsbanner durch Kommunisten. Wie die Polizeibehörde mitteilt, wurden am 20. d. M. Angehörige einer Sportabteilung des Reichsbanners aus sie die Turnhalle in der Grundstraße verlassen wollten, von etwa 50 Kommunisten angefallen und mit Schlägern, Gummistöcken, sowie Faustschlägen mißhandelt. Aus den Reihen der Täter fielen auch fünf Schüsse, die, soweit bekannt, ihr Ziel verfehlten. Die Ueberfallenen erlitten zum Glück nur leichtere Hiebverletzungen. Die Täter flüchteten als Polizei erschien, doch dürfte ihre Ermittlung bezweifelbar sein.

Samburg. Vater und Sohn in der Ehe ertappt. Zwei Altenweber Fischer, Vater und Sohn, die beim Fischen auf der Elbe vom Sturm überfallen wurden, sind ertappt. Die Leiche des Sohnes ist bereits geborgen worden.

Samburg. Die Ueberflutungen in der Eberniederung. Wie bisher festgestellt werden konnte, haben die Eberdelde bei der letzten Sturmflut an vielen Stellen dem starken Anprall der Wogen nicht standhalten können. Besonders groß sind die Schäden und Deichbrüche in dem Ebergebiet zwischen Sorgemündung und Rensburg. An etwa 14 Stellen sind hier die Deiche gebrochen zum Teil auf 60 bis 70 Meter Breite.

Wippertsh. Blutiger Zwischenfall. Hier kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Mehrere junge Burshen, die von dem Landwirt Wipf wegen Ueberstreichung der Polizeistunde aus einer Wirtshaus herausgeworfen wurden, besaßen bei dem Vorfall mit einem Revolver, den sie in der Wirtshaus mit dem Steinwerfen aufzuführen, leisteten die Burshen keine Folge. Der Beamte gab daraufhin einen Schuß ab und traf dabei einen 20 Jahre alten Landwirt so unglücklich, daß dieser tot umlief.

Selbstmord eines Terianers.

Ein neuer Schülerelbstmord beschäftigt die Wilmersdorfer Kriminalpolizei. Der 15jährige Oberterianer Heinz Riehoff, der Sohn einer Zeitungs- und Konfektorenkaufmann, hat sich in der Wohnung seiner Mutter, in der Berliner Straße 101, Wilmersdorf, durch einen Revolververstoß in die Schläfe das Leben genommen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist das Motiv der Tat des jungen Mannes darin zu suchen, daß er keine Aussicht hatte, zu einem in eine höhere Klasse vorzuleiten zu werden.

Politischer Mord?

Nach einer Fitterverammlung wurde der Nationalsozialist H. G. Kattmeyer im Landwehrkanal mit schweren Verletzungen tot aufgefunden. Nach den Feststellungen ist der Tod durch Ertrinken eingetreten. Ferner ermittelte die Kriminalpolizei, daß sich Kattmeyer nach der politischen Kundgebung mit verfeindeten Arbeitern geritten hatte. Dabei wurde ihm maßlos die Kälte einzuflößen und sonstige Verletzungen zugefügt. Die Nationalsozialisten glauben, daß es sich um einen politischen Mord handelt und haben deshalb zur Aufklärung 1000 Mark Belohnung in Aussicht gestellt.

1200 Arbeiter durch Wassermangel brotlos.

Schwere Folgen der Trockenheit. Die Stadterhaltung in Barmen, die infolge des durch die lange Trockenheit hervorgerufenen Wassermangels, zur Nationalisierung des Wasserertrags hatte schreiben müssen, hat der bekannten Runkelweidenfirma Söllen-Selde G. m. b. H. in Barmen folgenden Wasserbegehren eingebracht, da die Firma trotz wiederholter Bemerkung die ihr zuzuschickende Wassermenge erheblich überschritten hat.

Die Firma hat sich durch diese Maßnahme gezwungen gesehen, ihre Betriebe vollkommen stillzulegen. Es werden hierdurch etwa 1200 Arbeiter betroffen. Es sind jedoch Verhandlungen eingeleitet, um den Streit mit der Stadterhaltung beizulegen.

Große Ueberflutungen in Missouri und Kansas.

Nach Meldungen aus Newport sind die Staaten Missouri und Kansas erneut von schweren Ueberflutungen betroffen, die den Verkehr unterbrochen und bereits großen Schaden angerichtet haben. Die Zahl der Verluste an Menschenleben wird einwärtlich mit sieben angegeben. Etwa 1000 Menschen sind durch die Ueberflutungen des Missouri und seiner Nebenflüsse obdachlos geworden.

Wieder ein neues Attentat in Mufden.

Marjhall Tschanghjueling ermordet?

Paris, 21. November.

Wie die japanische Presse aus Mufden meldet, soll Marjhall Tschanghjueling am Sonntag in Mufden ermordet worden sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht von chinesischer amtlicher Seite liegt bis jetzt noch nicht vor. Auf sämtliche Anfragen bei der japanischen Vertretung in Mufden konnte man keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten.

Kartuschenlager in die Luft geflogen.

Paris, 21. November.

Am Dienstag nachmittag flog in Vincennes bei Paris ein Kartuschenlager in die Luft. Das Lager befand sich in dem Festungsgürtel, der mit Truppen stark besetzt ist. Die Folgen des Unglücks waren fürchtbar. Sofort es gelang, bereits in den ersten Stunden 12 Tote zu seargeln, bereits in den ersten Stunden 12 Tote zu bergen.

Während des Unglücks sagte die französische Kammer. Als der Präsident von dem ereignisreichen Unglück Mitteilung machte, bemühte sich der Abgeordnete eine große Bestätigung.

Überall schwere Sturmschäden.

Auch viele Todesopfer.

Der Sturm, der in den letzten Tagen mit mehreren Unterbrechungen über einen großen Teil Europas raste, hat an zahlreichen Orten große Schäden verursacht. Die Gewalt des Windes war so stark, wie man es seit langer Zeit nicht mehr erlebt hatte. Besonders schlimm wurden Samburg und die Nordseeküste heimgesucht. Im Hafen verzeichnete man Sturmslut. Zahlreiche Bäume wurden entlaubt und Säuler abgedeckt. Die Uferdammwerke wurden völlig unter Wasser gesetzt, so daß viel Vieh ertrank. Das Fischerdorf „Meier“ wurde von seinem Standort ziemlich weit abgetrieben. Die Fischerbooten wurden eingestrichelt worden, teils weil die Fischen betriebes mutigen eingestrichelt worden, teils weil eine Ueberflutung aus Bremen hat ein dortiges Rettungsboot 17 Personen von einem sinkenden Dampflinger gerettet.

Auch in Westfalen und in Münsterland verspürte man die Folgen des Sturmes. Bäume wurden abgerissen, zahlreiche Fensterheiser zertrümmert und weitere Beschädigungen angerichtet. In Bielefeld wurde von einem Hause der Dachstuhl vollständig fortgerissen. Aus dem Saargebiet werden ebenfalls fürchterliche Schäden gemeldet. Viele Viehleistungen und fast sämtliche Fernsprechleitungen wurden vernichtet. In Prag und Gzer sind gleichfalls viele Dachschäden festgestellt worden.

Sehr heftig war der Sturm in England und besonders an den englischen Küsten. Hier sind viele Menschenleben zu beklagen. Auf See sind viele Schiffe gesunken. So ist eine zwölfköpfige Familie mit einer Segelacht ungelommen. Viele Telegraphenlinien nach dem Festlande wurden zerstört. In der holländischen Küste und in Holland selbst hatte man ebenfalls schwer unter dem Sturm zu leiden. Die Fischerboote konnten nicht flüchten, die mit ihren Booten noch drauffen waren, gerettet werden, doch ist trotzdem noch eine große Anzahl von Menschenleben zu beklagen, die ein Opfer des Meeres geworden sind. Auch im Inland sind die Schäden sehr groß. Viele Häuser

wurden abgedeckt und von den Trümmern eine große Anzahl von Menschen erschlagen.

Aus Dänemark und Schweden kommen gleichfalls Berichte über schwere Sturmschäden. Die Fahrt der „Werner“ in die Ostsee mußte hien durch einfallen, wodurch der direkte Verkehr Berlin-Ropenhagen unterbrochen wurde. Zahlreiche Schiffe wurden von den Tauen losgerissen und trieben willenslos umher. Auch hier sind zahlreiche Todesopfer des Sturms zu verzeichnen.

20 Millionen Chinesen vor dem Hungertode. Neuer meldet: Nach den letzten im internationalen Anschlag zur Ermittlung der Hungertode in China eingegangenen Berichten sind 12 Millionen Menschen im mittleren und nördlichen China vom Hungertode bedroht. Man fürchtet, daß diese Zahl auf 20 Millionen anwachsen wird, wenn die Not den Gipfelpunkt erreicht. Der Hilfsausschuß beharrt zur Milderung des Leidens einer Summe von mindestens 40 Millionen merikanischer Dollar.

8 russischer Bischöfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Rußland der Prozeß gegen den russischen Bischof Arseni beendet worden. Das oberste Gericht verurteilte den Bischof zu sechs Jahren Zuchthaus und ewiger Verbannung nach Sibirien. Der Bischof wurde eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt, hat aber sowohl in der Voruntersuchung als auch bei der Gerichtsverhandlung selbst keine Schuld abgelegt und erklärt, daß die Beschuldigung nur erfunden wurde, weil die Kommunisten in Rußland dort nicht mehr hätten haben wollen.

Tragischer Tod eines russischen Ingenieurs. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Leiter des transsibirischen Büros für Sibirien, Ingenieur Waldschmidt, auf tragische Weise ungelommen. Als der Ingenieur aus einer leichten Eisenbahn einen Nebenfluß der Kura durchfahren wollte, glitt er aus und wurde von der reißenden Strömung mitgerissen, wobei er den Tod fand. Waldschmidt war einer der tüchtigsten Ingenieure der Sowjetunion und hatte viele wissenschaftliche Werke verfaßt.

Neun Todesopfer der Ueberflutungen in Missouri und Kansas. Die Ueberflutungen in den Staaten Missouri und Kansas haben nach Meldungen aus Newport der Landwirtschaft großen Schaden zugefügt. Bisher wurden zehn Todesopfer der Hochflut gemeldet. Tausende von Küstlingen ziehen nach den höher gelegenen Gebieten.

Der Deutsche Rundfunk
- weitersagen!
ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift - bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestell bei Postamt oder einer Buchhandlung / Probehft umsonst vom Verlag Berlin N24

Auf den Weihnachtstisch
einer jeden musikalischen Familie gehört auch ein gutes

Weihnachts-Album

Zwei der empfehlenswertesten:

Für Klavier
Bearbeitet von Alfred Kleinpaul
Neue vermehrte Auflage!
Prachtvolle Ausstattung mit 6-farbigem Titel, reicher Goldausstattung und buntem Innenleiste.

Für Violine/Klavier
Bearbeitet von Arthur Seybold
Mit farbenprächtiger Titel-Ausstattung!

23 der beliebtesten Lieder, Fantasien usw. (Größtenteils mit Text)

INHALT:

1. Weihnachtsliedchen (Süßer die Glocken)
2. Morgen, Kinder, wirds geben
3. Morgen kommt der Weihnachtsmann
4. Der Traum (F. Reichardt)
5. Dies ist der Tag
6. Alle Jahre wieder
7. Ehre sei Gott in der Höhe
8. Die Kinder h. d. Krippe (h. Kinder, kommt)
9. Gebet an den heiligen Christ
10. O Tannenbaum
11. Lied der Engel (h. Hirten erwacht)
12. Lobt Gott, ihr Christen allezeit
13. Es ist ein Reis entsprungen
14. Silb' Nacht, heilige Nacht
15. O du fröhliche, o du selige
16. In der Christnacht
17. Ich bete an die Macht der Liebe
18. Tochter Zion freud dich
19. O Tannenbaum
20. Fröhliche Weihnacht überall
21. Melodram: „Kind Jesus ward z. Welt gebracht“
22. Melodram: „König wandern“ (N. Mendel)
23. Fleischmann, Op. 39, Weihnachtsstraum Fantasie für Piano
24. A. Sartorio, Fröhli. Weihnachtslied, Fant. f. Piano
25. A. Sartorio, Am Weihnachtsabend, Fant. f. Piano
26. A. Kranz, Op. 28, Nr. 1, Die Hirten auf d. Felde, Weihnachtslied für Piano
27. E. Paul, Op. 19, Heil. Nacht, Weihnachtslied, f. Piano
28. Des Jahres letzte Stunde
29. Lang, Op. Nr. 2, Zu Weihnachten, Fantasie für Piano

Preis RM. 2.25

INHALT:

1. Dies ist der Tag, den Gott gemacht
2. Ehre sei Gott in der Höhe
3. Der Weihnachtsmann
4. Alle Jahre wieder
5. O du fröhliche, o du selige
6. Die Kinder bei der Krippe
7. Wie brichst du, Weihnachtsmann
8. Weihnachtsfreude
9. Morgen, Kinder, wirds geben
10. Der Traum
11. Der Christbaum
12. Fröhliche Weihnacht
13. Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen
14. O Tannenbaum
15. Silb' Nacht, heilige Nacht
16. Weihnachtsliedchen
17. Es ist ein Reis entsprungen
18. Ihr Hirten, erwacht
19. Tochter Zion
20. Gebet
21. Nach der Christmette, Improvisation
22. Weihnachtsstraum, leichte Fantasie
23. Christfest, Weihnachtsfantasie

Ausg. Violine und Klavier RM. 2.50
Violine (Solo) 1.20
Violine II und Cellobegleitung 1.20

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Anton J. Benjamin, Leipzig C 1, Täubchenweg 20

GESCHAFTS BÜCHER

J. KRÖNIG & BARDT
VERLAG
HANNOVER

sowie Fabrikate jeder anderen Geschäftsbücherfabrik liefert die Buchh. W. Sauer, Röllchen.

Die Funkanlage des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist mit

Peritrix-Anodenbatterien
ausgerüstet. Folgen Sie dem Fachmann! Nehmen auch Sie nur

Peritrix-Anodenbatterien
Größte Lagerfähigkeit
Unerreichte Betriebsdauer
Franz Fürstmann
Röllchen

10 Giderfettkäse 20%
9 Pf. = Mk. 6.30 franko
Dampfzuckerfabrik Rensburg.

Drucksachen
für Handel, Gewerbe und Industrie
fertig an
Buchdruckerei W. Sauer
Röllchen.

